

Gemeinsamer Antrag i.S. Klimaschutzstrategien

SPD-Fraktion - GfL-Fraktion - Fraktion Bündis90/Die Grünen

FDP-Fraktion - Fraktion Piraten/Frei Wähler Lünen

Lünen, 11.07.2019

An den
Bürgermeister der Stadt Lünen
Herrn Jürgen Kleine-Frauns

Rathaus

Gemeinsamer Antrag „Grundsatzbeschlüsse des Rates der Stadt Lünen zum Klimaschutz“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die oben aufgeführten Ratsfraktionen bitten um Aufnahme des gemeinsamen Antrags für die Ratssitzung am 11.07.2019. Dieser Antrag ersetzt Einzelanträge der Ratsfraktionen i. S. Klimaschutz, die in diese Beschlussvorlage mit eingegangen sind.

Antrag:

Der Rat der Stadt Lünen fasst folgende Grundsatzbeschlüsse zum Klimaschutz:

1. Bei allen Entscheidungen im Rat, seinen Ausschüssen und der Verwaltung werden die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt und Lösungen bevorzugt, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.
2. Insbesondere in Bezug auf Investitionen priorisiert Lünen zukünftig die Maßnahmen, welche die Emissionen von Treibhausgasen reduzieren, um den Empfehlungen des Berichts des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change; Institution der Vereinten Nationen) von 2018 zu entsprechen.
3. Künftig haben alle Gremien darauf zu achten, dass sowohl die Auswirkungen auf das Klima als auch die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei den Beschlüssen berücksichtigt werden. Die „Klimaverträglichkeit“ ist somit als dritter genereller Prüfpunkt neben der Inklusionsverträglichkeit und der „Finanziellen Auswirkung“ in den Beschlussvorlagen des Rates und seiner Gremien aufzunehmen.
4. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Rat und die Öffentlichkeit regelmäßig (1- bis 2-mal jährlich) über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.

Gemeinsamer Antrag i.S. Klimaschutzstrategien

SPD-Fraktion - GfL-Fraktion - Fraktion Bündis90/Die Grünen

FDP-Fraktion - Fraktion Piraten/Frei Wähler Lünen

5. Rat und Verwaltung setzen sich als gemeinsames Ziel, zeitnah ein „Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept“ (IKK) der Stadt Lünen zu erarbeiten und zu verabschieden. Insbesondere ist ein Maßnahmenpaket inkl. Zeitplan mit Zielen und spezifischen Meilenstein zum kommunalen Klimaschutz in Lünen zu erarbeiten. Die entsprechenden Entwürfe und Vorschläge zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes sind dem Rat und seinen Ausschüssen zur Beschlussfassung in der 1. Jahreshälfte 2020 vorzulegen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt aufzuzeigen, welche Personen in der Verwaltung für den Klimaschutz hauptverantwortlich sind bzw. künftig sein werden. Die Verwaltung wird beauftragt aufzuzeigen, wie sie das Thema Klimaschutz in ihre Verwaltungsstrukturen inhaltlich und organisatorisch implementieren wird.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, zum Aktivitätsfeld Klimaschutz in Abstimmung mit den jeweiligen Fachausschüssen sinnvolle Fördermittelanträge bei den entsprechenden Institutionen zu beantragen.
8. Der Rat der Stadt Lünen ruft den Klimanotstand in Anlehnung an die hierzu heute vom Rat abgegebenen Resolutionen aus.

Begründung:

Die Ratsfraktionen sind sich dessen bewusst, dass damit nicht alle Missstände, die für die negativen Einflüsse des Klimas unserer Stadt verantwortlich sind, von heute auf morgen behoben werden können, aber es muss ein Zeichen gesetzt und ein Anfang gemacht werden. Unsere Schülerinnen und Schüler haben es uns auf den „Fridays für Future“- Demonstrationen vorgemacht und wir dürfen sie nicht alleine lassen.

Im Gegenteil: Es handelt sich um politisch interessierte Jugendliche, die die Chance und das Gehör bekommen müssen, um gelebte Demokratie zu erfahren.

Der Begriff «Klimanotstand» ist dabei symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

Künftig wird die Verwaltung mehr denn je alle wichtigen Aspekte des Klimaschutzes noch stärker berücksichtigen und fachlich fundiert aufbereiten müssen. Entsprechend ist ein Grundsatzbeschluss zur Aufstellung eines „Integrierten Kommunales Klimaschutzkonzeptes“ mit entsprechenden Aktivitätsschwerpunkten aufzustellen. Ebenso ist aufzuzeigen, welche Personen (künftig) für die Berücksichtigung des Klimaschutzes und dessen fachliche Beurteilung in der Verwaltung federführend zuständig sind bzw. sein werden.

Gemeinsamer Antrag i.S. Klimaschutzstrategien

SPD-Fraktion - GfL-Fraktion - Fraktion Bündis90/Die Grünen

FDP-Fraktion - Fraktion Piraten/Frei Wähler Lünen

„Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzepte“ dienen als strategische Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe, um wirksame Maßnahmen in allen klimarelevanten Bereichen auf den Weg zu bringen. Empfohlen wird, aktuelle Fördertöpfe zur finanziellen Unterstützung von Klimaschutzkonzepten nebst Personal zu prüfen und entsprechende Anträge auf den Weg zu bringen.

Deutschland hat das Pariser Klimaabkommen von 2015 ratifiziert und sich damit verpflichtet, seinen Beitrag zur CO₂-Reduktion zu leisten. Diese Verpflichtung kann die Bundesrepublik nur erreichen, wenn sich auch alle Kommunen daran beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen